

Caritasverband f. d. Diözese Osnabrück e.V.
- Sozialdienst für ausländische Flüchtlinge
Johannisstraße 91
49074 Osnabrück
Federal Republic of Germany

TEL.: 0541 - 341-57
FAX: 0541 - 341-80

F A X - Ü b e r t r a g u n g

An: Georg Classen
Familien- und Nachbarschaftszentrum
Zosener Straße 24
10961 Berlin
Passionskinderkammer

Fax-nr.: 030- 654 1714

Von: Caritasverband f.d. Diözese Osnabrück e.V.

durch: Norbert Grehl-Schmitt

Datum: 31.01.1996

Seiten: 4
(incl. Deckblatt)

Bezug: OVG-Beschluss vom 18.01.1996 zu:
Nebenbestimmungen zu Duldung i.V.m. Gewährung von
Leistungen nach § 2 AsylbLG

Anmerkung: Das ausländerrechtliche Verfahren (Klage gegen Neben-
bestimmung (Anlage) läuft noch, in sozialhilfe-
rechtlicher Hinsicht ist dieser Beschluss jedoch ein-
deutig und rechtskräftig

4 M 7322/95
4 B 145/95

In der Verwaltungsrechtsache

B e s c h l u s s

4.5. Jan. 1996
Eingegangen

Abnehmer

*Notlosk nach 302
§ 2 AsylbLG für
Zürse-Kennzeichn
RA Revel*

Staatsangehörigkeit zu I bis 5: bosnisch-herzegowinisch,

Prozessbevollmächtigter zu I bis 5:

Rechtsanwalt Revel,
Kommandantenstraße 41, 49074 Osnabrück,

g e g e n

die Stadt Osnabrück
- Rechtsamt -, vertreten durch den Oberstadtdirektor,
Markt 22, 49074 Osnabrück,

Antragsgegnerin und Beschwerdeführerin,

Streitgegenstand:
Sozialhilfe (Unterstützungskosten und Darlehen für
Kautions) - vorläufiger Rechtsschutz -

Der 4. Senat des Niedersächsischen Obergerichts hat
am 19. Januar 1996 beschlossen:

Den Antragsteller wird für das Beschwerdeverfahren
Prozesskostenhilfe bewilligt und Rechtsanwalt Revel aus
Osnabrück beigeordnet.

Die Beschwerde der Antragsgegnerin gegen den Beschluss
des Verwaltungsgerichts Osnabrück - 4. Kammer - vom
5. Oktober 1995 wird zurückgewiesen.

Gerichtskosten werden nicht erhoben.
Die außergerichtlichen Kosten des Beschwerdeverfahrens
hat die Antragsgegnerin zu tragen.

Gründe:

Die Beschwerde der Antragsgegnerin ist nicht begründet.

Der Senat macht sich die zureichenden Erwägungen des angefochtenen Beschlusses zu eigen und verweist deshalb auf sie (§ 122 Abs. 2 Satz 3 VwGO). Das Beschwerdevorbringen der Antragsgegnerin rechtfertigt eine andere Entscheidung nicht. Sie verweist - zusammengefaßt - darauf, daß der Aufenthalt der Antragsteller als Bürgerkriegsflüchtlinge nur auf einen vorübergehenden Zeitraum angelegt sei und daß die mit der Aufnahme einer großen Zahl von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien verbundenen Kosten niedrig gehalten werden mußten (z.B. durch deren Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften). Beide Erwägungen greifen nach der geltenden Gesetzeslage nicht durch.

Für die Zeit seit dem 1. Januar 1996 ist die der Duldung der Antragsteller beifolgende Auflage, in einer bestimmten Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen, ohnehin gegenstandslos geworden, da die Gemeinschaftsunterkunft aufgelöst worden ist. Aber auch für die vorausgegangene Zeit war die (nicht bestandskräftige) Auflage offensichtlich rechtswidrig. Nach § 56 Abs. 3 Sätze 1 und 2 AuslG ist die Duldung räumlich auf das Gebiet des Landes beschränkt; weitere Bedingungen und Auflagen können angeordnet werden. Das Ausländerrecht kennt - anders als das hier nicht anzuwendende Asylrecht - eine gesetzliche Pflicht des Ausländers, in einer bestimmten Unterkunft zu wohnen, nicht. Nebenbestimmungen zu einer Duldung, mit denen einem Ausländer das Wohnen in einer bestimmten Unterkunft zur Pflicht gemacht wird, könnten deshalb allenfalls dann rechtmäßig sein, wenn sie vom Zweck des Aufenthalts gerechtfertigt sind und nicht in Widerspruch zu anderen gesetzlichen Bestimmungen stehen, die gegenüber dem für das Aufenthaltsrecht speziellen AuslG nicht zurücktreten. Im vorliegenden Fall diene die Auflage nicht einer gleichmäßigen Verteilung der Flüchtlinge auf das Land. Für eine Regelung der Lebensumstände der Flüchtlinge während ihres Aufenthalts im Bundesgebiet im Hinblick auf die dadurch entstehenden Kosten bietet aber das AuslG eine Möglichkeit jedenfalls insoweit nicht, als die den Flüchtlingen zu gewährenden Leistungen durch das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) bestimmt sind. Dieses regelt u.a. die Leistungsansprüche der Ausländer, die sich tatsächlich im Bundesgebiet aufhalten und die vollziehbar zur Ausreise verpflichtet sind. Dazu gehören auch die Ausländer, die eine Duldung erhalten haben, da die Duldung ein Absehen von der Abschiebung ist und deshalb begrifflich das Bestehen einer vollziehbaren Ausreiseverpflichtung voraussetzt. Ein Ausländer, der - wie es bei den Antragstellern der Fall ist - zum Personenkreis gem. § 2 Abs. 1 Nr. 2 AsylbLG gehört, hat Anspruch auf Leistungen entsprechend dem BSHG. Der Grundsatz, daß Hilfe zum Lebensunterhalt regelmäßig als Geldleistung zu gewähren ist (BVerwG, FEVS 35, 271) gilt auch in diesen Fällen. Der Ausländer ist deshalb sozialhilferechtlich nicht verpflichtet, die ihm angebotene Unterkunft zu nutzen, sondern berechtigt, sich eine Wohnung zu mieten (einen Anspruch auf Übernahme der hier-

durch entstehenden Kosten hat er allerdings nur im Rahmen des § 3 der VO zu § 22 BSHG, also regelmäßig nur soweit sie den angemessenen Umfang nicht übersteigen; Senat, Beschl. v. 10.1.1995 - 4 M 7602/94 -). Im Gegensatz zu § 2 Abs. 1 Nr. 1 AsylbLG sieht § 2 Abs. 1 Nr. 2 AsylbLG eine Berücksichtigung der bisherigen oder auch der zu erwartenden Dauer des Aufenthalts des Ausländers nicht vor, läßt also nicht Raum für die Erwägung, der Aufenthalt des Ausländers solle nicht verfestigt werden. Sozialhilferechtlich ist diese Erwägung ohnehin unerheblich. Daraus folgt, daß die nach den Bestimmungen des AuslG der den Antragstellern erteilten Duldung beifolgende Auflage, in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen, mit den Leistungsbestimmungen des AsylbLG (i.V.m. dem BSHG) unvereinbar ist.

Lediglich ergänzend merkt der Senat an, daß er mit dieser Entscheidung nicht von seinem von der Antragsgegnerin erwähnten Beschluß vom 28.6.1994 - 4 M 3596/94 - abweicht, da er dort nur beiläufig angesprochen hat, daß eine auf Ausländerrecht beruhende Verpflichtung der Antragsteller jenes Verfahrens, in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen, nicht ersichtlich sei, ihnen war eine Duldung ohne Auflagen erteilt worden.

Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 154 Abs. 2, 188 Satz 2 VwGO. Die Entscheidung über die Bewilligung von Prozesskostenhilfe und Beordnung des Rechtsanwalts folgt aus § 166 VwGO i.V.m. §§ 114 ff., 119 Satz 2, 121 Abs. 2 ZPO.

Dieser Beschluß ist gem. § 152 Abs. 1 VwGO unanfechtbar.

Klay

Willikowsky

Berthold